

Antrag des Beirats Gröpelingen zur Einrichtung einer Beirätekonferenz

Gem. § 24 Abs. 2 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter fordert der Beirat Gröpelingen die Einrichtung einer Beirätekonferenz und bittet die Senatskanzlei zu deren konstituierender Sitzung einzuladen.

Bremen, 05.07.2023

Haushaltsantrag gem. § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025: Erhöhung der OJA-Mittel

Der Beirat Gröpelingen fordert die senatorische Behörde für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf, die Finanzierung der Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OJA) in Gröpelingen auskömmlich sicherzustellen, um die Angebote im Stadtteil für die Jahre 2024 und 2025 nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch bedarfsgerecht weiterentwickeln zu können.

Der Beirat möge beschließen, dieses Thema auf die Tagesordnung der Beirätekonferenz zu setzen.

Begründung:

Dem Beirat Gröpelingen ist ein für alle Jugendlichen offenes, niedrighschwelliges und kostenfreies Angebot wichtig. Das Bevölkerungswachstum im Stadtteil geht zugleich mit hohen Bedarfen an Angeboten für Kinder und Jugendliche einher und stellt die Trägereinrichtungen der OJA vor besondere Herausforderungen.

Der Beirat spricht sich daher für die weitere Stärkung eines vielfältigen Angebots für Kinder und Jugendliche im gesamten Stadtteil aus.

Die aktuelle Finanzierung für die Haushaltsjahre 2022 sowie 2023 erfüllt diese Anforderungen nicht, eine spürbare Anhebung wird daher gefordert.

Bremen, 05.07.2023

Haushaltsantrag des Beirates Gröpelingen gem. §8 Abs.4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025 Erhöhung der Mittel für die Straßenerhaltung

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 05.07.2023 beschließen, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau aufzufordern, eine dauerhafte Erhöhung der Haushaltsmittel für die Straßenerhaltung sowie die Erhaltung von Nebenanlagen im Doppelhaushalt 2024/2025 herbeizuführen bzw. diese in den vorzulegenden Eckwerten entsprechend zu berücksichtigen.

Die Beirätekonzferenz wird gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung:

Die Haushalte 2022/2023 sahen für das gesamte Bremische Straßennetz zur Straßenerhaltung ein Budget von jeweils 18,5 Mio. € (inkl. einer größeren Maßnahme) vor. Hiervon sind vom Amt für Straßen und Verkehr Leistungen für Fahrbahnmarkierungen, Beschilderungen, Fahrradbügel, zur Erhaltung der Verkehrssicherheit, Radverkehr u.a. zu finanzieren.

Jedem der 10 Erhaltungsbezirke steht somit ein jährliches Budget von ca. 1,5 Mio. € zur Verfügung. Die vorgenannten Leistungen werden z.T. durch die Verkehrsbudgets der Beiräte querfinanziert. Gleichwohl genügt das Budget nicht, um insbesondere groß angelegte Sanierungen (insbesondere längere Radwegstrecken) vorzunehmen. Diese müssen im Vorfeld angemeldet und im Haushalt berücksichtigt werden.

Bremen, 05.07.2023

Antrag des Beirates Gröpelingen

Container-Unterstand am Szenetreff Debstedter Straße jetzt schaffen!

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 05.07.2023 beschließen:

Der Stadtteilbeirat begrüßt das Anliegen der Inneren Mission e.V., den abgebrannten Unterstand am Szenetreff Debstedter Straße/Stapelfeldtstraße durch Errichtung eines offenen Containers (nach dem Vorbild am „Lucie-Flechtmann-Platz“) zu ersetzen und unterstützt das Vorhaben.

Begründung:

Der Treffpunkt an der Debstedter Straße stellt für die Randständigenszene im Stadtteil einen unerlässlichen Anlaufpunkt dar. Neben einer erleichterten Betreuung des adressierten Personenkreises durch die Kräfte der Inneren Mission e.V. liegt die lokale Bindung der Szene an diesen Standort zugleich in stadtteilpolitischem Interesse.

Aufgrund der nunmehr wiederholten mutwilligen Zerstörung des hölzernen Unterstandes infolge von Brandstiftung unterstützt der Beirat nachdrücklich die Errichtung eines brand- und wetterfesten Ersatzes in Form eines offenen Containers.

Die Bereitstellung von Globalmitteln kommt in diesem Fall angesichts der Kostenvolumina und vor dem Hintergrund, dass der Beirat Gröpelingen in den zurückliegenden Jahren für Bau und „Bespielung“ der Örtlichkeit wiederholt Eigenmittel aufgewendet hat, nicht in Betracht, das primäre Einwerben anderer Mittel wird daher durch den beirat Gröpelingen befürwortet.

Bremen, 05.07.2023

Haushaltsantrag gem. § 8 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025: Digitalisierung der Beiräte forcieren!

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen bekräftigt seine Forderung v. 17.11.2021 an die Adresse der Senatskanzlei nach digitaler Ertüchtigung durch die Gestellung eines kostenfreien Tablets an alle Beiratsmitglieder.

Es wird angeregt, das Anliegen in die Beirätekonferenz einzubringen.

Begründung:

Die Ausstattung trägt den technischen Entwicklungen Rechnung und versetzt die Ortpolitiker:innen in die Lage u.a. einer rascheren Informationsbeschaffung und unterstützt die Arbeit der Ortpolitik damit wesentlich.

Der Beirat greift mit seiner Forderung im Übrigen eine ohnedies im politischen Raum stehende Idee des Senats auf und verweist auf die entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

Bremen, 05.07.2023

**Haushaltsantrag gem. §1 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025:
Anerkennung der Arbeit von Beiratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern durch zeitgemäße Anpassung der Sitzungsgelder**

Der Beirat möge beschließen:

Die Senatskanzlei wird aufgefordert, sich für eine Erhöhung des Sitzungsgeldes auf €40,00 pro Sitzung einzusetzen.

Begründung:

Der Umfang von Beiratssitzungen und Fachausschüssen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Sowohl die Themen und erweiterten Beteiligungsrechte des Beirates sind mittlerweile deutlich komplexer geworden, Fraktionsanträge und Bürgeranliegen in diesem Zusammenhang ebenso.

Dazu kommt, dass - bedingt durch die Komplexität - die Dauer der Sitzungen zugenommen hat und sich infolge der eingehenden Befassung stadtteilpolitischer Themen, Sitzungen weiterhin häufig in die späteren Abendstunden verlagern. Selbstverständlich bedürfen einige Themen einer entsprechenden Vorbereitung und Beratung.

Die aktuellen Preissteigerungen hinsichtlich der Energiekosten und im Einzelhandel sowie der Einkauf von Büromaterialien bewirken außerdem gestiegene Kosten im Hinblick auf die Arbeit der Beiratsmitglieder.

Die ehrenamtlich geleistete Tätigkeit im Beirat - im Interesse des Stadtteils -, erfordert eine Wertschätzung sowie eine gebührende Anerkennung und bedarf eines Inflationsausgleiches.

Der Beirat hält die moderate Erhöhung der vorgesehenen Pauschalsätze auf €40,00 pro Sitzung für leistungsgerecht und angemessen; dies entspricht etwa drei Stunden á €12,29 Mindestlohn in Bremen zuzgl. BSAG-Fahrtkosten i.H.v. €2,85 Einzelticket. Zudem wird angemerkt, dass die letzte Anpassung im Jahr 2016 in Höhe von seinerzeit €5,00 vorgenommen wurde.

Dieser Antrag wird auch in die Beiräte-Konferenz eingebracht.

Haushaltsantrag des Beirats Gröpelingen

zur Förderung des Stadtteilmanagements

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 05.07.2023 beschließen, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa aufzufordern, die Fortführung des Stadtteilmanagements Gröpelingen (Kultur vor Ort und Gröpelingen Marketing) als institutionelle Förderung abzusichern bzw. in den vorzulegenden Eckwerten entsprechend zu berücksichtigen.

Begründung:

Kultur vor Ort und Gröpelingen Marketing tragen mit ihren Aktivitäten erheblich zur Stärkung des Stadtteils bei. Die Initiativen leisten mit dem Stadtteilmarketing einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Stadtteile und stützen durch ihre breite Vernetzung wirtschaftliche, kulturelle und soziale Aspekte.

Bremen, den 05.07.2023

Bremen, den 29.06.2023

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 05.07.2023

Forderung zur Erläuterung des Aktionsplans zur Lärminderung nach der Umgebungsrichtlinie für den Bremer Westen

Die Stadt Bremen ist gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie) und § 47 a bis f des Bundes-Immissionsschutzgesetzes verpflichtet einen Lärmaktionsplan aufzustellen (<https://rb.gy/u7pq0>).

Die Langzeitlärmmessungen im Industriehafen Bremen haben vor kurzem bestätigt, dass bereits heute die Grenzwerte für Schallimmissionen im Ortsteil Oslebshausen erheblich und gesundheitsgefährdend überschritten werden (<https://rb.gy/nttgc>).

Auch die Lärmkarten der Stadt Bremen für das Jahr 2022 zeigen, wie stark Gröpelingen und insbesondere der Ortsteil Oslebshausen dem Lärm ausgesetzt ist (<https://geoportal.bremen.de>).

Für den Ortsteil Oslebshausen kommen nun weitere erhebliche Lärmquellen hinzu. Daher ist im Vergleich zum Lärmaktionsplan aus 2014 in Perspektive mit erheblichen zusätzlichen Lärmbelastungen zu rechnen: Berücksichtigung Hafeneisenbahn (nicht Gegenstand des Lärmaktionsplans 2014), Klärschlammverbrennungsanlage, TSR (siehe Lärmgutachten), Bahnwerkstatt mit Abstellanlage, Ringschluss der BAB 271, Errichtung neue Mülldeponie, Modernisierung des Kalihafen, Aufbereitung Baustoffe (STRABAG), Projektentwicklung Arcelor Mittal (<https://rb.gy/9u3di>).

Paritätischer und BUND forderten unlängst von der neuen Bremer Regierung mehr Schutz für Menschen in sozial benachteiligten Quartieren (<https://rb.gy/magod>).

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat fordert den Senat - mithin den Senator für Umwelt - auf

1. Dem Beirat den aktuellen Sachstand (Entwurf) des Lärmaktionsplans unter Berücksichtigung der o.g. hinzukommenden Schallemissionen bis August 2023 vorzustellen und zu erläutern,
2. dem Beirat darüber hinaus bis August 2023 zu informieren, welche Aktionen vom Senat zur Umsetzung in der Legislatur 2023 bis 2027 und welche darüber hinaus geplant und budgetiert sind, um das sozial benachteiligte Oslebshausen zu entlasten.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Bremen, den 29.06.2023

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 05.07.2023

Betreff: Forderung nach weiteren Informationen zu den Grabungsergebnissen auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ an der Reitbrake in Oslebshausen

Im Zeitraum August 2021 bis November 2022 hat die Landesarchäologie Bremen eine Teilfläche von 3.500 Quadratmetern des im Oktober/November 1941 eingerichteten sogenannten „Russenfriedhofs“ mit einer Fläche von 20.000 Quadratmetern an der Reitbrake in Oslebshausen untersucht.

Hierbei wurden nach Pressemitteilungen 66 vollständige Skelette, eine bislang ungenannte Anzahl an Schädeln und vollständigen Brustkörben, über 20.000 Knochen und Knochenteile, mehrere Massengräber und über 200 Erkennungsmarken aufgefunden.

Das Bremer Friedensforum und die Bürgerinitiative Oslebshausen haben deutliche Hinweise, dass der Verbleib von etwa 300 Leichname ungeklärt bleibt. Die Suche wurde mit der Beendigung der Grabungen im November 2022 aufgegeben.

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat fordert den Senat und mithin auch die Landesarchäologie auf

1. Dem Beirat einen Bericht über die Grabungsergebnisse bis zum November 2022 sowie der bisherigen Ergebnisse der sich hieran anschließenden Untersuchungen, einschließlich Informationen zur aktuellen Verwahrung der sterblichen Überreste und des vorliegenden Budgets zu weiteren Untersuchungen bis August 2023 zu geben,
2. eine Aufstellung der aufgefundenen über 200 Erkennungsmarkennummern (in Excel) sowie ggf. der identifizierten Namen und nationalen Herkunft bis Ende Juli 2023 vorzulegen,
3. Angabe über die Anzahl der aufgefundenen sogenannten nahezu „vollständigen Skelette“ sowie der darüber hinaus aufgefundenen Schädel und nahezu vollständigen Brustkörbe ebenfalls bis Ende Juli 2023 zu machen.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen



Haushaltsantrag gem §1 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen beantragt bei der Senatorin für Bildung für den Doppelhaushalt 2024/2025 Haushaltsmittel, damit ein Entwicklungs- und Planungsprozess durchgeführt werden kann, an dessen Ende ein Konzept für eine Gedenkstätte am Standort des ehemaligen Außenlagers Schützenhof des KZ Neuengamme steht.

Um einen solchen Prozess durchführen zu können, müssen in der Landeszentrale für politische Bildung personelle Kapazitäten geschaffen werden, außerdem sind Mittel bereitzustellen, mit denen z.B. Workshops, Ideenwettbewerbe oder Ausschreibungen durchgeführt werden können.

Begründung

Der Beirat Gröpelingen hat mit Beschlüssen vom 20.04.2022 und 15.02.2023 gefordert, einen Planungsprozess zur Einrichtung einer Gedenkstätte am Standort des ehemaligen Außenlagers Schützenhof des KZ Neuengamme einzuleiten. Beide Beschlüsse sind mit der Begründung abgelehnt worden, dass keine Haushaltsmittel dafür bereit stehen. Deshalb fordert der Beirat Gröpelingen die Senatorin für Bildung mit diesem Haushaltsantrag nachdrücklich auf, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

In Gröpelingen wie überall sind in den letzten Jahren fast alle verbliebenen Zeitzeugen gestorben, die an Schulen und Stadtteileinrichtungen über ihre Jugendzeit berichtet haben und so ganz konkret den nachfolgenden Generationen über die Verbrechen der NS-Zeit, über Verfolgung, Terror und Alltag im Faschismus berichten konnten. Für ganz Bremen stellt sich die Frage nach der Weiterentwicklung der momentanen Gedenkkultur hin zu einer Bildungs- und Gedenkarbeit, die ohne Zeitzeugen auskommen muss.

Aus Sicht des Stadtteilbeirates Gröpelingen war der Bremer Westen inklusive Grambke mit seinen Hafenanlagen der Schwerpunkt der Rüstungs- und Kriegswirtschaft. Das dokumentieren die verheerenden Bombenangriffe im Bremer Westen und sehr viele heute meist schon vergessene Zwangsarbeitslager z.B. auf der Hütte oder am heutigen Schützenhof und nicht zuletzt „der Friedhof“ an der Reitbrake. Aber auch beispielsweise das ehemalige jüdische Altenheim, der Bunker Hornisse oder die Stolpersteine im Stadtteil u.v.a.m. sind wichtige Orte, an die eine Bildungs- und Gedenkarbeit anknüpfte und weiterhin anknüpfen kann.

Wichtig ist einerseits der Erhalt solcher Orte, andererseits aber auch ein zusammenhängendes Konzept für ein modernes und zeitgemäßes Gedenken. Sinnvoll er-

scheint uns die Einrichtung eines Bildungsortes, der insbesondere den Bremer Westen als Schwerpunkt der NS-Rüstungsindustrie, aber auch als Schwerpunkt des Widerstandes von Arbeiter:innen, Zwangsarbeiter:innen und ziviler Bevölkerung gegen das NS Regime thematisiert. Ein solcher Ort sollte wissenschaftliche Befunde aus der NS-Forschung allgemeinverständlich aufarbeiten und in den Kontext heutiger Auseinandersetzungen um die offene Gesellschaft, Rassismus, Diskriminierung, Pluralismus und Demokratie bringen.

Gröpelingen als ein von vielen Sprachen, Herkunftsn, Kriegs-, Flucht- und Totalitarismus-Erfahrungen geprägter Stadtteil benötigt eine solche moderne Gedenkkultur zur Stärkung demokratischer Strukturen und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Nach dem Verstummen der letzten Zeitzeugen aus dieser Zeit, die bisher insbesondere im Bremer Westen an Schulen und Stadtteileinrichtungen authentisch Zeugnis über die NS-Zeit abgelegt haben bedarf es nun neuer Konzepte der stadtteilbezogenen Informationsweitergabe und der Diskussion über die Verbrechen der Nazi-Diktatur an die nächsten Generationen um weiterhin überzeugend das „Nie Wieder!“ zu vermitteln. Ähnlich wie z.B. im Denkort Bunker Valentin bereits gelebte Praxis, geht es vermehrt um Bildungsangebote zur aktiven Bearbeitung der Fragen von Totalitarismus, Widerstand, Demokratie, Offene Gesellschaft etc. vor allem mit jungen Menschen konkret vor Ort in den jeweiligen Stadtteilen.

Relevante Teilnehmer eines solchen Arbeitsprozesses sind aus Sicht des Stadtteilbeirates z.B. der Senator für Kultur, die Senatorin für Kinder und Bildung mit dem Landesinstitut für Schule und der Landeszentrale für politische Bildung und dem Denkort Bunker Valentin, der Volksbund, der Bremer Rat für Integration, die VVN, die jüdische Gemeinde und viele weitere zivilgesellschaftliche Gruppen.

Federführend soll die Landeszentrale für politische Bildung diesen Prozess steuern, da Bundes- und Landeszentralen schon seit vielen Jahren mit der Frage der Erneuerung der Erinnerungsarbeit fachlich befasst sind.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in cursive script, appearing to read "Hans-Joachim Lalle".

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 05. Juli 2023

„Sitzungszeiten und Tagungsort des Controlling-Ausschuss Rahmenkonzept OJA (CA-Gröpelingen)“

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert das Amt für Soziale Dienste auf, die Sitzungen des CA Gröpelingen öffentlich im Stadtteil tagen zu lassen, zeitlich wie ein Fachausschuss um 18:30. In Ausnahmefällen auch ab 16.30 Uhr, so wie es auch in anderen Stadtteilen üblich ist.

Im Anschluss kann ggf. in einem nichtöffentlichen Teil abgestimmt werden.

Begründung:

Die Sitzungen des CA finden aktuell zu Zeiten statt, an denen die Delegierten des Beirats ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen müssen und nicht alle Beiratsmitglieder die Möglichkeit haben, sich hierzu freustellen zu lassen - respektive gezwungen sind, die beruflichen Ausfallzeiten dann nachholen zu müssen.

Wir erwarten, dass die zeitliche Terminierung und der Sitzungsort einvernehmlich mit den Delegierten abgestimmt wird, um eine Beschlussfähigkeit sicherzustellen; sowie diese Sitzungen im Stadtteil stattfinden zu lassen, um ebenso für die interessierte Öffentlichkeit die Teilnahme zu gewährleisten.

Räumlichkeiten sind im Stadtteil ausreichend vorhanden wie zum Beispiel: NA, QBZ, Bürgerhaus oder auch vor Ort in den Einrichtungen der Jugendarbeit (dort besteht die Möglichkeit, sich ein Bild von den Räumlichkeiten zu machen).



Antrag der SPD-Fraktion für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 05.07.2023

„Sitzungen der Fachausschüsse im Stadtteil“

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert die Senatskanzlei Bremen und das Ortsamt West auf, nicht nur die Sitzungen des Beirats Gröpelingen öffentlich im Stadtteil tagen zu lassen, sondern auch alle Sitzungen der Fachausschüsse.

Begründung:

Die Sitzungen der Fachausschüsse finden, wie die Beiratssitzungen, öffentlich statt, aber meistens im Sitzungsraum des Ortsamtes im Stadtteil Walle. Dies erschwert eine Beteiligung der Gröpelinger Bürger:innen.

Räumlichkeiten im sind im Stadtteil ausreichend vorhanden wie zum Beispiel: NA, QBZ Morgendland, Bürgerhaus Oslebshausen oder auch vor Ort in Einrichtungen, die zu den Themen des jeweiligen Fachausschusses passen.



Antrag der SPD-Fraktion für die öffentliche Beiratssitzung in Gröpelingen am 05.07. 2023

„Alle Sitzungen des Beirats Gröpelingen und seiner Fachausschüsse in hybrider Form“

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert die Senatskanzlei Bremen und das Ortsamt West auf, dafür Sorge zu tragen, dass Gröpelinger Bürger:innen virtuell an allen öffentlichen Sitzungen aktiv teilnehmen können. Die Sitzungsräume im Stadtteil sollten auch danach ausgewählt werden, dass sie über eine entsprechende Technik verfügen.

Begründung

In der Pandemie hat sich gezeigt, dass Videokonferenzen nicht nur virenfreie Sitzungen, sondern auch eine höhere Beteiligung der Gröpelinger Bürger:innen ermöglichen. Diese Sichtbarkeit der Beiratsarbeit nun wieder aufzugeben wäre mehr als schade.



Fraktion im Beirat Gröpelingen

Bremen, den 01.07..2023

Betreff: Antrag auf Unterstützung des Aufrufs „Gröpelingen solidarisch“

Der Beirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 05.07.2023 beschließen:

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen unterstützt ausdrücklich den Aufruf „Gröpelingen solidarisch“ , der vom Präventionsrat Gröpelingen auf seiner Forumssitzung am 07.06.2023 verabschiedet worden ist (siehe Anlage).

Begründung:

Der Stadtteil Gröpelingen weist stadtweit mit die höchste Armutsquote aller Bremer Quartiere auf. Die besondere Problematik in den letzten Monaten mit hoher Inflation sowie eklatanter Steigerung der Energie- und Lebenshaltungskosten hat dazu geführt, das viele Haushalte im Stadtteil wirtschaftlich überfordert sind. Die wissenschaftlich erhobenen Daten weisen eine eindeutige Verschlechterung der materiellen Situation der von Armut betroffenen Menschen bis in die untere Mittelschicht aus.

Aus diesem Grunde werden im Rahmen des Aufrufs „Gröpelingen solidarisch“ die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, mit gezielten Maßnahmen dieser Gefährdung entgegenzuwirken.

Des Weiteren sollen auf der Handlungsebene konkrete Hilfen im Stadtteil organisiert und bereitgestellt werden.

Der Ortsbeirat Gröpelingen unterstützt diesen Aufruf und auch die geplanten Aktivitäten nachdrücklich.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Gröpelingen solidarisch

In unserem Quartier leben viele Menschen mit geringem Einkommen, das meist gerade ausreicht, um Monat für Monat die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Miete und Energie zu bezahlen – oft noch nicht einmal das. Die jüngste Teuerungswelle nach der Coronapandemie trifft diese Haushalte besonders hart, das Geld reicht einfach nicht mehr. Die Rückmeldungen aus den sozialen Einrichtungen signalisieren das eindeutig. Suppenengel und Suppenküche melden einen starken Zulauf zu ihren Essensangeboten, den sie kaum auffangen können. Wissenschaftlich erhobene Daten weisen eine eindeutige Verschlechterung der materiellen Situation der von Armut betroffenen Menschen aus. Inzwischen trifft diese Entwicklung auch solche aus der unteren Mittelschicht. Diese Folgen der jüngsten Entwicklung werden öffentlich kaum wahrgenommen und es gibt auch bisher keine wesentlichen Maßnahmen der öffentlichen Hand, mit denen konkrete Hilfe möglich wird.

Es ist unbedingt notwendig, die Basisversorgung dieses Bevölkerungsteils zu verbessern. Gröpelingen braucht Einrichtungen, wie z.B. eine öffentlich zugängliche Essensausgabe. Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert, solche Entwicklungen massiv zu unterstützen. Kinder brauchen Unterstützung in den Kitas und Schulen. Bisher funktioniert das Zusammenleben im Quartier weitgehend, aber die jüngste Entwicklung gefährdet dieses in der Substanz.

Deswegen fordern wir von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie mit gezielten Maßnahmen dieser Gefährdung entgegensteuern.

Wir Unterzeichner/innen, die wir in Gröpelingen leben oder arbeiten, wollen Unterstützung aus der Zivilgesellschaft leisten. Deswegen haben wir uns vorgenommen, konkrete Hilfe im Stadtteil zu organisieren. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung von Organisationen, die bereits heute konkrete Hilfe leisten, sondern auch um viele kleine und größere Einzelmaßnahmen, die wir konkret in unserem unmittelbaren Umfeld organisieren können. Das können gemeinsame Feste sein, Spendenaktionen von Einzelhändlern und von Unternehmen, Kooperationen mit Kleingärtnern, um nicht selbst verwertetes Obst zu verschenken, Patenschaften in den Nachbarschaften, Schulaktionen, Spenden von Kleidern, Elektrogeräten, Spielen oder Werkzeugen usw.

Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Liste der bisherigen Unterzeichner: innen:

Aktive Menschen Bremen e.V. (AMeB)
AWO Landesverband Bremen
Bürgerinitiative Oslebshausen
Caritas Erziehungshilfe gGmbH
Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH)
Die LINKE
Gesundheitstreffpunkt West
Nachbarschaftshaus helene kaisen
SPD-Ortsverein Gröpelingen/Oslebshausen
TURA Bremen
Quartiersmanagement Gröpelingen und Oslebshausen

Alke Rockmann
Angela Tourè
Bärbel Froemel
Barbara Bugiel
Christina Kisner
David Brazier
Dieter Winge
Franziska Gschwendtner
Helmut Zachau
Karl-Heinz Gans
Kim Isabel Rathjen
Maren Zirkelbach
Maria Kroustis
Marie Seedorf
Thorsten Schildt
Nada Jaradat
Norbert Holzapfel
Philip Roth
Rafael Schyska
Rita Sänze
Rolf Vogelsang
Silke Handelmann
Tanja Kläser
Tobias Winkler
Ute Pesara
Wolfgang Klamand

Hinweis: Eine Liste der Organisationen, die Sach- oder Geldspenden unterstützt werden können, finden Sie unter <https://gtp-west.de/netzwerk-gesundheit/praeventionsrat-bremen-west/>